

Berlin, Sonntag,

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zweimal.

Abonnements-Preis:
vierteljährl. f. Berlin 7 Mark 50 Pf.,
für ganz Preußen, das übrige Deutsch-
land und ganz Oesterreich 9 Mark.

Insertions-Gebühr:
die dreispaltige Zeile 40 Pf.

Berliner Börsen-Zeitung.

Als Gratis-Beilagen erscheinen
außer anderen
labelarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissionen,
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Alle Postanfragen nehmen Beschlüssen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Die einzelne Nummer kostet 25 Pf.

Expedition der Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstr. No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Telegraphische Depeschen.

München, 8. Februar, Nachmittags. (S. T. G.) Zweite Kammer. Der Gesetzentwurf über die Bewilligung eines Credits von 28 Millionen wurde nach den Anträgen des Ausschusses mit 135 gegen 9 Stimmen angenommen, ebenso der Antrag auf Beschleunigung der Ableferung der Einnahmen an die Centralkasse. Hierauf wurde in längerer Debatte über den Antrag Kopp bezüglich einer Herabminderung der Militärausgaben verhandelt. Im Laufe derselben erklärte der Kriegsminister, daß er dem Antrag in Bezug auf seinen Erfolg keine wesentliche Bedeutung beimessen könne. Im Uebrigen könne er nicht genug vor einer Unterstreichung der Gegner, wie man sie vor dem letzten Kriege erlebt habe, warnen. Eine solche Unterstreichung würde der erste Schritt zur Niederlage sein. Man solle gläubig sein, wenn für das Jahr 1881 nicht eine Erhöhung der Militärausgaben geplant werde. Der Antrag Kopp wurde von der patriotischen Partei angenommen. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Southampton, 8. Februar. (S. T. G.) Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Frankfurt“ ist hier angekommen.

Konstantinopel, 7. Februar. (S. T. G.) Wie aus Regierungskreisen verlautet, scheint die Pforte in den gegenwärtigen Verhältnissen gegenüber dem Finanzprobleme gegenüber geneigt, eine auswärtige Controle der Zollverwaltung zuzugestehen, welche so eingerichtet werden könnte, daß den bei den Finanzoperationen beteiligten Interessen alle wünschenswerten Garantien gewährt würden. Die in Rede stehenden Finanzpläne haben die Kollektanten des Osmanischen Reiches vor Haß und bezweifelndem Ansichtsweise die Zurückziehung des Papiergeldes und ein Arrangement mit den Inhabern türkischer Fonds.

New-York, 8. Februar. (S. T. G.) Der Dampfer „Demark“ von der National-Dampfschiff-Compagnie (S. Weisinger Linie) ist hier eingetroffen. (Siehe auch in der 11. Beilage.)

Mittheilungen.

Der König hat dem Portugiesischen Lieutenant der Cavallerie und Adjutanten des Herzogs von Coimbra, Don Alexandre Almeida Nello de Castro, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, und dem Rechnungsrath und Garfison-Verwaltungs-Director Panthens zu Reg. den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Der Kaiser hat im Namen des Reiches den Dr. jur. C. G. Geertjema zum Consul in Ordingen (Niederlande) ernannt.

Der König hat dem Vice-Der-Schloßhauptmann Grafen von Haeseler hierseits das Prädicat „Erzcelenz“ verliehen.

Der römische Arzt Dr. med. Gold zu Scherrebend ist unter Anweisung des Wohlthätig zu Gram zum Kreisphysikus des Districts Gram ernannt worden.

Der bisherige Berginspector, Bergassessor von Bernuth ist unter Beilegung des Charakters als Bergmeister zum Bergrevierbeamten ernannt und ihm die Verwaltung des Bergreviers Werden im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund übertragen worden.

Der Hensburger Actienbrauerei zu Hensburg ist die Medaille „für gewerbliche Leistungen“ in Bronze verliehen worden.

Dem Kreisgerichtsrath Schade in Gleiwitz ist die Function des Abtheilungs-Dirigenten bei dem Kreisgericht daselbst übertragen.

Dem Rechtsanwalt und Notar Sohn in Sorau N.-Gauß ist die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt.

Der Advocat und Notar Justiz-Rath Dr. Fürst in Peine und der Notar Justiz-Rath Krieger in Berlin sind gestorben.

Politische Nachrichten.

Berlin, den 9. Februar.

Der Kaiser conferirte am Freitag mit dem Fürsten Bismarck und wohnte Abends der Vorstellung im Opernhaus bei. Gestern Vormittag nahm der Kaiser Verträge entgegen und empfing die Minister. Mittags arbeitete der Kaiser mit dem Chef des Militär-Cabinetts. Am Hofe wurde gestern der Geburtstag der Prinzessin Elisabeth, Erbprinz-

herzogin von Oldenburg, gefeiert. Die Vermählung des Herzogs von Connaught mit der Prinzessin Louise Margarethe soll im englischen Familienkreise am 13. März in Windsor stattfinden. Aus dieser Veranlassung wird die Kronprinzessin sich schon in einigen Tagen nach London begeben, während der Kronprinz und der Prinz Wilhelm erst Ende dieses Monats nachfolgen werden. Der Prinz und die Prinzessin Friedrich Carl mit der Prinzessin Braut beabsichtigen erst noch an den Tauffeierlichkeiten in der Oldenburgischen Familie Theil zu nehmen und alsdann der Prinzessin Heinrich der Niederlande im Haag einen Besuch abzustatten. Etwa am 27. Februar dürfte dann auf der Nacht „Victoria und Albert“, welche zu diesem Zwecke England am 25. d. Mts. verläßt, die Ueberfahrt von Antwerpen aus erfolgen. — Nach der Vermählung beabsichtigt der Herzog von Connaught mit seiner Gemahlin einen Ausflug nach dem nördlichen Meere zu unternehmen. Die Kronprinzlichen Hertschaften sowie der Prinz und die Prinzessin Friedrich Carl werden zum 22. März, dem Geburtstage des Kaisers, wieder nach Berlin zurückgekehrt sein.

Die Botschaft des Präsidenten Grövy hat insofern überrascht, als sie ein Programm nur in den äußersten Umrissen zeichnet und sich weniger mit den speciellen brennenden Fragen beschäftigt, als im Allgemeinen mit dem politischen System, das der Präsident zu verfolgen gedankt. Man hatte ein schärfer definiertes Programm erwartet als dasjenige des Ministeriums Dufaure. Die Botschaft spricht vor Allem aus, daß fortan die parlamentarische Regierung eine Wahrheit werden solle. Der Präsident wird als Haupt der vollziehenden Gewalt dem verfassungsmäßig zum Ausdruck gebrachten Willen der Nation sich niemals entgegenstellen. Dies schließt nicht aus, daß er, wenn zwischen dem Senat und der Deputiertenkammer in einer großen Frage ein unauflösbarer Conflict entsände, einen Appell an das Land richten könnte. Bezüglich der Amnestiefrage verspricht der Präsident, die Regierung werde stets von den „wahren Interessen“ und von dem „bestimmten Willen des Landes“, vom Geiste des Fortschritts und der Beschleunigung durchdrungen sein, während sie für die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Sicherheit sorgen will. Die heisse Frage des Com-mandowechsels scheint Grövy an der Stelle zu betonen, wo er die Kammer versichert, die Regierung werde große Sorge für die Krone tragen, aber indem sie gleichzeitig „den erworbenen Ruhm und den geleisteten Diensten“ gebührende Rechnung trägt. In seinen ministeriellen Erklärungen Dufaures hat das Gleiche gesagt. Feinde aber nicht im Antz be- wußt wird die Regierung aber nicht im Antz be- lassen, und damit hat mit der Tagesordnung vom 20. Januar in vollen Einklang stehen. Damit ist in kurzen Worten der Geist gezeichnet, welchen die innere Politik der Regierung haben wird; letztere faßt sie gleich wahrhaft centralisirt. — Wichtigere übrigens als die zweifelhafte ehrlich gemeinten Versicherungen der Botschaft werden die nächsten Gesetzentwürfe sein, welche die Regierung einzubringen veranlaßt ist. Es wird dann voraussichtlich sehr bald zu einer Scheidung der Parteien kommen, die sich schon unter Dufaure angebahnt hatte, mit der Niederlage der Wortführer der republikanischen Union bestimmte Gestalt annahm und erst wieder durch die Marschallskrisis in den Hintergrund gedrängt wurde. So lange MacMahon im Elfyse residirte, konnte eine solche Scheidung immer nur unvollkommen sein; dem Ministerium gegenüber gab es eine gemäßigtere Majorität und eine radicale Minorität, aber sobald man den Marschall in Frage kam, durch welche man den Bestand der Staatsform verlor, glaubte, fand sich wie die letzte Krisis bewiesen, die ganze Partei wieder zu gemeinsamer Ueber gegen das Elfyse zusammen. Das Verhältniß war in jeder Beziehung ein ungesundes, denn in derselben Front befanden sich Männer im Kampfe um eine Etab- lissement, was die Nervosität nun einmal ist, die sonst in ihren Principien weit auseinandergehen und in die sich nie wieder zu einem real-politischen Pro- gramm, noch zur Bildung eines Ministeriums hat- ten einigen können. Die Union der Linken war ein Trugbild. Heute, wo im Elfyse ein Republikaner von ungewisshafter Treue und von unantastbarer Vergangenheit herrscht und eine Regierung sich ge- bildet hat, die man das Cabinet der christlichen Deute-

nennen könnte, ist das Motiv der Jurist hinlänglich geworden, das allein die verschiedenen Namen der Parteien nach Grundsätzen über den Inhalt der republikanischen Politik eine Nothwendigkeit und die Vorbedingung jeder normalen Regierung. Die Wiener „Presse“ zweifelt nicht daran, daß es nicht an Versuchen fehlen wird, die Stellung Grövy selbst zu untergraben. Der Präsident, sagt das Blatt, ist zwar auf seinen Jahre gewährt, aber es bleibt sicher, daß er einem Majoritätsvotum beider Kammern leicht weichen würde, das herbeizuführen gewisse Agitatoren alle An- strengungen machen werden. Das Jüngste Reichthum ist nicht über alle Bedenken erhaben, aber seine Entfö- lungen über die Intrigen, welche der Präsidenten- wahl vorangingen, um Grövy zu bestreiten und den greifen Dufaure als Plakhalter für Gambetta vor- zuziehen, können vollständig zu der Art und Weise des radicalen Führers und seiner Freunde. Dufaure hat offenbar ebenfalls das Spiel durchgesehen und einer Wiederholung desselben vorbeugend, sich ins Privatleben zurückgezogen und auch die Präsidenten- schaft des Senats abgelehnt. Niemand wird aber glauben, daß die Jetteleien nun ruhen werden und daß Gambetta sich für sieben oder gar für vierzehn Jahre verurtheilen lassen wird, eine Aebel zu freien, daß es dem rührigen Agitator in seinem Präsidenten- kanzleil behaglich werden könnte, wo er zur offiziellen Neutralität verdammt ist. Es wird, da man dem Auslande doch nicht das lächerliche Schauspiel einer sofortigen Behebung des neuen Staatsoberhauptes auf Leben und Tod seitens der eigenen Partei bieten kann, mit Umsicht und Vorlicht gewirkt werden, Grövy Schritt für Schritt unter Ausdrücken des Bedauerns den Boden zu entziehen.

Die Russische Regierung hat an Rumänien eine Note gerichtet, in welcher zunächst bemerkt wird, daß Rumänien durch sein Verfahren nicht grade den Wunsch nach einem gütlichen Ausgleich zu erkennen gebe. Dann gelangt die Note nach allerlei Wendungen zu einem Vorschlage, durch dessen Annahme Rumänien ein Stück der Dobrußda wieder verlieren würde. Rumänien lehnte indessen ab und erklärte, es wolle sich an die Mächte wenden. Das wird inzwischen auch wohl geschehen sein. Man nimmt an, daß es zu der Abendung einer zweiten Commission an Ort und Stelle kommen werde, viel- leicht auch zum Wiederzusammentritt der ersten. In der letzteren stimmte übrigens nicht die Minderheit gegen Rumänien, wie das „Journal des Debats“ angiebt, sondern nur Rußland. Alle andern Mit- glieder der Commission legten die fragliche Bestim- mung des Berliner Friedens wie Rumänien selbst aus. Werden die Mächte den Auspruch ihrer Com- missare debarouiren können? Die Russen behaupten, daß Arab-Tabia der Schlüssel Silistria sei und schon deshalb nicht in andere Hände gelegt werden könne, als in diejenigen, welchen Silistria anvertraut wird. Unter allen Gründen, die Russischerseits vor- gebracht wurden, ist dieser der wichtigste. Oder hat etwa jener Artikel des Berliner Vertrags, welcher bestimmt, daß „alle Festungen und Fortifikationen, die sich am Laufe des (Donau-) Stromes von Eisenen Thor bis zur Mündung befinden, geschleift und feste neuen errichtet werden sollen“, seine Geltung verloren? Und wenn er Geltung hat, wenn Silistria geschleift wird, was liegt dann an dem Schlüssel zur geschleiften Festung? Die Rumänen erklären in ihrer Beschwerdebriefe, daß sie mit der Befestigung der neuen Grenze nicht länger warten könnten. Die einfachsten und primitivsten Staats- einrichtungen erfordern anderen Gründen eine genau fixirte Grenze. Die Europäische Commission, der es oblag, die Grenze zwischen der Dobrußda und Bulgarien zu ziehen, hat zwei Punkte bestimmt. Die Majorität von sechs Mitgliedern hat Arab- Tabia als Grenzort markirt, die Minorität, die aus einem einzigen Mitglied bestand, hat die Grenze um mehrere Kilometer weiter nach Osten verlegt. Kann man es den Rumänen verübeln, daß sie in der Wahl zwischen diesen beiden Orten die Commission-Majorität vorgezogen ver- derten? Man wird es vielleicht den Rumänen ver- denken, daß sie ihr Recht sich selber genommen haben, aber die Rumänen als ehemalige Kriegsgemeinden der Russen mögen wohl aus ihrer Erfahrung die Lehre geschöpft haben, daß dies die einzige Methode